

heitsantrag dem Ständerat angeschlossen, nicht etwa, weil wir mit dem Inhalt der Regelung des Ständerates durchwegs oder auch nur mehrheitlich einverstanden sind, sondern weil wir der Meinung sind, dass diese Bestimmungen nicht den Kerngehalt der Gesetzesrevision betreffen und es deswegen verfehlt wäre, auf diesen Differenzen zu beharren.

Die Mehrheit Ihrer Kommission ist mit der Ausgestaltung des Status der vorläufigen Aufnahme nach wie vor nicht zufrieden und wird bei anderer Gelegenheit darauf zurückkommen. Heute aber empfehlen wir Ihnen, sich bei diesen drei Punkten dem Ständerat anzuschliessen.

**Sommaruga Simonetta**, Bundesrätin: Ihre Kommission hat sich jetzt, wie es die Kommissionssprecher ausgeführt haben, in wesentlichen Punkten dem Ständerat angeschlossen. Ich sage gerne noch etwas zum Entscheid des Ständerates in Bezug auf die Ausrichtung der Nothilfe respektive in Bezug auf den Verzicht auf die Ausrichtung der Sozialhilfe. Dieser Entscheid entspricht der bereits heute geltenden Praxis. Bei abgewiesenen Asylbewerbern mit einem rechtmässigen Wegweisungsentscheid und einer angesetzten Ausreisefrist – bei ihnen ist auch bereits geklärt, dass ihre Ausreise zulässig, zumutbar und möglich ist – ist es bereits heute geltende Praxis in den Kantonen, dass sie keine Sozialhilfe mehr bekommen, sondern Nothilfe. Insofern ist das ein Festschreiben der bereits heute geltenden Praxis.

Zu den Entscheiden in Bezug auf die vorläufige Aufnahme: Ich begrüsse es, dass sich Ihre Kommission jetzt dem Ständerat angeschlossen hat. Herr Nationalrat Fluri, der Kommissionssprecher, hat es gesagt: Es gibt in Bezug auf den Status der vorläufigen Aufnahme in der Tat einen Zielkonflikt, nämlich zwischen der Integration und der gleichzeitigen Vorläufigkeit dieses Status. Es ist aber nicht sinnvoll, dass man jetzt punktuelle Veränderungen vornimmt, wie das ursprünglich in Ihrem Rat geplant war, dass man den Familiennachzug erschwert, dass man die vertiefte Prüfung einer Aufenthaltsbewilligung um zwei Jahre hinauszögert; das war übrigens ein expliziter Wunsch der Kantone, der damals ins Ausländergesetz aufgenommen wurde. Wir begrüssen es, dass wir diesen Status insgesamt überprüfen und schauen können, was wir dort allenfalls anpassen können. Aber hier punktuelle Veränderungen vorzunehmen, auch kleine Verschärfungen vorzunehmen, ist nicht sinnvoll, bringt nichts. Deshalb begrüsse ich es ausdrücklich, dass sich Ihre Kommission in diesen Punkten dem Ständerat angeschlossen hat.

*Angenommen – Adopté*

12.073

## **Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht. Volksinitiative**

### **Oui à l'abrogation du service militaire obligatoire. Initiative populaire**

*Fortsetzung – Suite*

Botschaft des Bundesrates 14.09.12 (BBl 2012 8285)  
Message du Conseil fédéral 14.09.12 (FF 2012 7659)

Nationalrat/Conseil national 11.12.12 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)

**Glanzmann-Hunkeler** Ida (CE, LU): Einmal mehr stehen wir hier, diskutieren und bekämpfen wir eine Initiative der GSa zur Abschaffung der Armee. Diesmal ist es die Abschaffung der Wehrpflicht. Weil eine Forderung, die Armee sang- und klanglos abzuschaffen, keinen Erfolg hätte, versucht man es halt immer wieder scheinchenweise. Die Schweiz hat eine

Verfassung, die übrigens – wenn man dies vergessen sollte – vom Volk genehmigt ist. Dort steht in Artikel 58, dass die Schweiz eine Armee hat und diese nach dem Milizprinzip organisiert ist. In diesem Artikel sind auch die Aufgaben der Armee aufgeführt. In Artikel 59 steht zudem, dass jeder Schweizer verpflichtet ist, Militärdienst zu leisten, und dass das Gesetz einen zivilen Ersatzdienst vorsieht.

Die vorliegende Initiative fordert nun die Aufhebung der Wehrpflicht. Man nimmt auf europäische Länder Bezug und weist darauf hin, dass dort die freiwillige Miliz funktioniert. Mich würde einfach interessieren, wo diese funktioniert. In Deutschland hat man massiv Mühe, Leute zu rekrutieren, und muss mit einer Berufsarmee arbeiten. Anstatt 50 000 findet man höchstens 30 000 Leute. Österreich hat im kommenden Januar eine Volksabstimmung, bei der es um die Frage der Wehrpflicht geht. Mit den genau gleichen Argumenten wie hier wollen die Linken dort die Wehrpflicht bändigen. Zum Glück haben bürgerliche Parteien eine Volksbefragung initiiert. Übrigens wurde in den meisten Ländern die Wehrpflicht nicht aufgehoben, sondern ausgesetzt, was nicht das Gleiche bedeutet.

Die Wehrpflicht respektive der Staat zwingt junge Leute zum Erlernen des Kriegshandwerks – das findet man auf der Homepage der Initianten zum Thema Abschaffung der Wehrpflicht. Wieso sind sie nicht so ehrlich und sagen ebenso, dass unsere Armee zur Sicherheit der Bevölkerung und unseres Landes dient? Wieso weist man nicht darauf hin, dass junge Leute, die keinen Militärdienst leisten, Zivildienst leisten können und so einen Dienst in unserer Gesellschaft leisten? Wieso sagen sie nicht, dass die Armee im Krisenfall kritische Infrastrukturen überwacht? Wieso vergessen sie einfach, darauf hinzuweisen, dass die Armee schon unzählige Male ein willkommener Helfer bei Unwettern und Katastrophen war?

Sie sprechen lieber von Zwangsdienst, anstatt die Tatsachen aufzuzeigen. Die Schaffung einer freiwilligen Miliz ist völlig unmöglich. Die Leute sind heutzutage nicht einmal mehr bereit, in den Vereinen aktiv in einem Vorstand mitzuarbeiten. Wieso sollte dann da die Armee attraktiv genug sein, damit man sich freiwillig meldet? Zudem bin ich je länger je mehr davon überzeugt, dass alle Leute in diesem Land, und da schliesse ich schlussendlich die Frauen nicht aus, während ihres Lebens einen Teil ihrer Arbeit in der Gesellschaft leisten müssen. Eine Diskussion rund um den Ersatzdienst, wie ihn der Gegenvorschlag vorsieht, schliesse ich nicht aus. Es ist aber falsch, dies hier als Gegenvorschlag zu dieser Initiative zu bringen, ohne Grundsatzdiskussion und ohne breite Vernehmlassung in der Bevölkerung. Ich wehre mich dagegen, dass die Armee abgeschafft wird, auch scheinchenweise. Die Armee braucht junge Leute, auch bei einem Bestand von 100 000 Mann. Die Schweiz braucht eine Armee, um die Sicherheit zu gewährleisten. Dies kann nur mit der Wehrpflicht gewährleistet werden. Darum lehne ich die vorliegende Initiative ab.

**Grin Jean-Pierre** (V, VD): Le service militaire obligatoire et l'armée de milice sont les principes de notre politique de sécurité. Ce sont les piliers de notre système politique en général. Une milice volontaire est une illusion. Le passage à un système volontaire mettrait en danger la sécurité du pays. Les effectifs de l'armée dépendraient de la bonne volonté de la population. Les prestations exigées, en temps de paix comme en temps de guerre, risquent de ne plus être garanties.

Un modèle d'armée combinant service obligatoire et milice reste le plus efficace, car il permet de mobiliser rapidement le nombre de troupes nécessaire et en fonction de la menace. Il permet aussi à l'armée d'utiliser largement de vastes compétences civiles. En supprimant l'obligation de servir, la Suisse devra se doter d'une armée professionnelle qui, entre autres défauts, coûtera beaucoup plus cher que notre système actuel.

Sous un couvert pacifique, le Groupe pour une Suisse sans armée (GSsA) est une sacrée machine à produire des initiatives et des référendums contre notre armée de milice. Sur

son site Internet, il invite les jeunes à repousser leur école de recrues, parce que l'on va voter pour supprimer le service obligatoire fin 2013. Donc, ils leur disent: «Repoussez votre service militaire jusqu'à cette date, il y a une possibilité que n'ayez jamais à l'accomplir. Votre aide pour gagner cette votation sera plus que bienvenue!» Quel populisme de bas étage et quelle irresponsabilité citoyenne et civique! En voulant l'affaiblir sans cesse, le GSsA désire et se bat pour supprimer tout simplement notre armée.

L'obligation de service par laquelle les citoyens s'engagent pour le bien commun fait partie intégrante de l'identité suisse. L'ensemble de notre système repose sur l'idée que les droits sont liés à des devoirs. Il faut impérativement rappeler ce que signifie la milice dans notre pays: elle irrigue toutes nos institutions et l'esprit de notre société en général. Il y a enfin, dans la conception même de notre armée, deux principes décriés par les auteurs de cette initiative: la notion «obligation» et la notion «service». L'obligation s'oppose, dit-on, à la liberté, ce qui est faux et révèle combien la conception moderne de la liberté est superficielle. L'obligation donnerait, dit-on, des devoirs, alors que la liberté donnerait des droits. Ce qui est aussi faux, car à bien y regarder, la vraie liberté impose justement des devoirs. Il ne faut pas oublier que les jeunes ont besoin de causes nobles, qu'ils sont sensibles à la confiance qu'on leur fait et demandent aussi à être investis de responsabilités.

Pour tout cela, il faut recommander le rejet de cette initiative qui veut supprimer l'obligation du service militaire de milice, et à terme, notre armée.

**Kiener Nellen** Margret (S, BE): Als Mutter eines Soldaten und eines Hauptmanns der Schweizer Armee sowie als Finanzpolitikerin ist für mich die Zustimmung zur Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» ein Akt der Vernunft. Die Initiative gibt die Chance, dass die Armee schlanker und effizient werden kann. Die Umfrageergebnisse der ETH-Jahresstudie Sicherheit zeigen, dass sich rund die Hälfte der Befragten für die Aufhebung der Wehrpflicht ausspricht.

Die allgemeine Wehrpflicht ist volkswirtschaftlich zu teuer. In der jüngsten Studie der Milizkommission des Chefs VBS, «Die Bedeutung der Armee für die Schweiz», dem Geschäft SIK/CPS-12-45, wird einem Sand in die Augen gestreut. Gerade die externen Kosten werden in der sogenannten Vollkostenberechnung dort absolut zu tief ausgewiesen. Es fehlen die gesamten Aufwendungen der Kantone und Gemeinden. Es fehlen die Transaktionskosten, die anfallen, wenn Wehrpflichtige ihren Arbeitsplatz verlassen. Es fehlen indirekte volkswirtschaftliche Kosten. Es werden allein der budgetäre Aufwand für die EO sowie ein zu niedrig geschätzter Aufwand für die privaten Lohnfortzahlungen erfasst, nicht aber die Frage gestellt, welche Produktivität die Wehrpflichtigen beim Verbleib am Arbeitsplatz hätten. Diese sogenannten Alternativkosten werden zwar hinten gestreift, gehen aber nicht in die Schlussrechnung ein.

Das gilt auch für die sehr wesentlichen Opportunitätskosten für das Grundeigentum der Armee und dessen Nutzung. Das könnte bei mindestens teilweise ziviler Nutzung auch im Rahmen des Baurechts wesentlich höheren Nutzen erbringen, Nutzen für Dritte, Private oder auch die öffentliche Hand, Nutzen für Wohnbaugenossenschaften. Geradezu absurd ist die Tabelle auf Seite 52 mit dem internationalen Vergleich. Da werden Birnen mit Äpfeln verglichen, Armeen mit Marine werden Armeen ohne Marine gleichgestellt. Wehrpflichtarmeen werden ohne Korrekturfaktor, also eins zu eins mit Freiwilligenarmeen verglichen. Das führt zu stark verzerrten Ergebnissen.

Es gab in der Vergangenheit viel bessere Berechnungen und Studien. Ich denke etwa an die Studie zur Abschätzung der volkswirtschaftlichen Kosten von Dr. Hug im Auftrag des VBS oder an die Botschaft des Bundesrates vom 1. März 1999 zur Umverteilungs-Initiative, wo der Bundesrat selbst mit zusätzlichen Kosten von 66 Prozent im Bundesbudget rechnete. Das war ehrlich und ergab, umgerechnet auf die heutige Situation, für die Armee Kosten von bis zu 9 Milliarden Franken jährlich.

Die Wehrdienstpflicht ist für die jungen Männer meist auch mit grossen Nachteilen in Bezug auf die Berufsausbildung, den Berufseinstieg oder das Studium verbunden. Die unflexiblen Strukturen der Armee sind hinderlich. Leute, welche die 21-wöchige RS nach der Matura absolvieren müssen, sind gezwungen, ein Zwischenjahr einzulegen. Die Zeit zwischen der Matura im Juni und dem Studienbeginn Mitte September reicht nicht für die RS; das verlängert die Ausbildung. Wird die RS auf die Zeit nach dem Studium verschoben, z. B. auf die Zeit zwischen Bachelor und Master oder auf die Zeit nach dem Master, zieht das andere Nachteile nach sich: Die Stellensuche wird erschwert, die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit wird weiter hinausgeschoben. Auch die Wiederholungskurse während des Studiums sind hinderlich. Es gibt Koordinationsprobleme mit Praktika. Die 57 000 Dienstverschiebungsgesuche des Jahres 2011 sprechen eine deutliche Sprache; Bürokratieabbau tut hier Not! Ich bitte Sie, diese Initiative zur Annahme zu empfehlen. Für die Landessicherheit ist eine personell reduzierte, aber spezialisierte und effiziente Armee besser geeignet als die heutige mit der allgemeinen Wehrdienstpflicht.

**de Buman** Dominique (CE, FR): Il y a des initiatives avec lesquelles on peut être d'accord ou pas. On les défend ou on les attaque directement, parce que leur contenu est clair et simple. L'initiative relative à l'abrogation du service militaire obligatoire est, elle, totalement sournoise car, à l'examen, son contenu dénote une tout autre intention que ce que son titre pourrait laisser supposer. En effet, le projet de modification de l'article 59 de la Constitution n'établit positivement que l'existence d'un service civil. La reconnaissance du service militaire n'est, elle, qu'indirecte, par le biais de l'interdiction d'y astreindre quiconque. L'interprétation minimale du texte de l'initiative est l'inversion des priorités entre le service militaire et le service civil, mais le texte ne le dit pas ouvertement. Ce n'est donc pas l'obligation du service militaire qui est abrogée, mais bien l'armée elle-même qui est abolie. C'est un peu comme si on n'avouait pas vouloir tirer sur quelqu'un et le tuer, mais qu'on s'oppose activement à le laisser s'alimenter en sang et en oxygène.

Un deuxième aspect capital m'incite à combattre énergiquement cette initiative. Indépendamment de la question purement militaire, ce texte supprime toute obligation d'un quelconque service au pays. Cela témoigne d'une mentalité crasse d'égoïsme et d'une volonté de destruction de la notion de communauté nationale. Si notre pays nous offre de nombreux avantages et une qualité de vie qu'on nous envie dans le monde entier, c'est parce qu'il a pu garantir son indépendance au cours des siècles et développer un niveau de prospérité réjouissant. Cette situation, dont nous bénéficions, est le fruit d'un effort commun entre couches sociales, cultures et intérêts fort différents. Alors, affaiblir l'identité commune de cette «Willensnation», c'est lui porter un coup volontaire et fatal.

Que des adversaires de la Suisse cherchent à la rayer de la carte, on peut le comprendre, mais que la menace vienne de l'intérieur est plus grave et plus triste. Même si la mission de l'armée aujourd'hui n'est pas la même qu'il y a cinquante ans, parce que la menace a elle aussi évolué, le devoir et le besoin de défense demeurent, parce que des dangers persistent. Il n'y a qu'à regarder la carte du monde pour s'en convaincre rapidement, il n'y a qu'à prendre connaissance de l'évolution du pourtour de la Méditerranée pour s'en faire une évidence: tout affaiblissement de la défense nationale doit être combattu énergiquement, car, en cas de menace soudaine, les moyens nécessaires pour un redressement subitement indispensable seraient insuffisants et le temps beaucoup trop court.

Ce prix de l'irresponsabilité, je ne suis pas prêt à le payer, ni pour nous, ni pour les générations futures. Et c'est parce que j'aime mon pays que je rejeterai fermement cette initiative, très sournoise. On ne va pas démolir en quelques mois ce qui a été construit patiemment en plusieurs siècles.

C'est avec ces quelques considérations et avec une conviction très forte que je vous demande de faire pièce à cette ini-



tiative qui, sous des atours attrayants ou purement intellectuels, est un acte très néfaste pour la Suisse.

**Bugnon André (V, VD):** Je déclare tout d'abord mes intérêts. Comme Monsieur Poggia – il s'est exprimé hier –, je suis simple soldat. Je n'ai donc pas de casquette de colonel à porter, comme dans la chanson de Brel, où ce brave colonel attend dans «fort de Belonzio qui domine la plaine d'où l'ennemi viendra», qui le fera héros. L'ennemi ne viendra jamais, il ne sera jamais héros, mais il aura quand même servi son pays pour ce qui est de la sécurité.

Il ne fait aucun doute que le Groupe pour une Suisse sans armée – son nom l'indique d'ailleurs – n'a qu'un objectif: c'est justement celui de supprimer l'armée suisse. Comme il n'y arrive pas directement, il le fait de façon indirecte, en déposant cette initiative populaire pour supprimer l'obligation de servir et pour la remplacer par un engagement volontaire, tant dans le service militaire que dans le service civil. C'est donc un premier pas qui va dans le sens de la suppression de l'armée.

Pourquoi doit-on maintenir une sécurité armée? Cela a déjà été dit par beaucoup de mes préopinants. Il y a selon moi deux éléments importants pour assurer notre sécurité et notre survie. Le premier élément est la sécurité alimentaire. En effet, si la population n'a plus rien à manger, il n'y a pas grand-chose d'autre qui fonctionne. Pour assurer la sécurité alimentaire, il faut une agriculture indigène digne de ce nom, qui permet justement, en cas de dégradation de la situation internationale, de nourrir la population.

Le deuxième élément, qui est aussi très important, c'est la sécurité militaire. Un dicton dit que dans un pays qui n'a pas d'armée, c'est toujours l'armée d'un autre pays qui arrive. Cela montre bien que s'il n'y a pas quelqu'un pour assurer notre sécurité, cela donne des envies à quelqu'un d'autre de venir. Donc le deuxième élément pour assurer la paix, sa tranquillité, sa sécurité, c'est la sécurité armée.

Le projet de supprimer l'obligation de servir va évidemment conduire à une diminution de la force armée et à une diminution de notre sécurité. Ceux qui, hier, ont dit que la situation et les risques actuels ne sont plus ceux de 1950 ont tout à fait raison. D'ailleurs, l'armée suisse s'est adaptée à cette évolution au niveau du renseignement, ou en matière d'interventions pour la guerre urbaine. J'ai ainsi vu des entraînements de notre armée de milice. Elle fait des choses extraordinaires. Il faut bien sûr continuer de travailler dans ce sens-là, à savoir améliorer encore le plus possible nos services de renseignement, améliorer notre matériel et notre formation contre le risque de guérilla et en relation avec les contraintes de la guerre moderne.

Mais il faut maintenir une armée de base pour assurer notre sécurité. C'est clair! Quelqu'un a dit: «Ce n'est pas un pays voisin qui va nous envahir.» Bien sûr que nous n'allons pas être envahis par un pays voisin. Ce n'est plus le cas maintenant, mais il faut voir ce qui se passe maintenant sur le plan international. On ne peut pas garantir une paix éternelle – on sait très bien qu'on ne vit pas dans un monde de paix –, un monde d'amour et de paix, même si ce serait souhaitable. Et on voit tout ce qui se passe au sud de la Méditerranée, voire plus loin, où des mouvements radicaux, ou extrémistes, prennent de plus en plus le pouvoir. Cela démontre bien qu'on n'a aucune garantie d'avoir une sécurité à long terme. Et qu'est-ce qui donne justement une certaine garantie? C'est la présence armée, c'est le fait que les pays européens ont justement une sécurité armée qui retient d'éventuelles personnes de vouloir profiter de notre naïveté pour envahir les pays européens et la Suisse en même temps.

Et, dans ce cadre-là, le premier rôle que joue l'armée, c'est un rôle de dissuasion – elle joue donc parfaitement son rôle; et puis son deuxième rôle, en cas de perturbation de la situation internationale, c'est celui d'assurer notre défense et notre sécurité.

Il faut donc rejeter toutes les propositions de minorité et soutenir la proposition de la majorité, à savoir recommander au peuple et aux cantons de rejeter cette initiative populaire.

**Voruz Eric (S, VD):** L'initiative du GSsA pour l'abrogation du service militaire obligatoire vous convient-elle? Réponse: «Elle me convient, car elle provoquera un nouveau débat de fond devant le peuple si le nombre de signatures est réuni.» Pencheriez-vous plutôt pour un contre-projet? Réponse: «Un contre-projet pourrait justement débloquent une situation actuellement insatisfaisante, notamment en ce qui concerne une obligation de servir sous forme différente, qu'elle soit militaire ou civile.»

Ce que je viens de citer, ce sont les réponses à quelques questions qui m'ont été posées par la «Revue militaire suisse», pour son numéro d'avril 2012. Sur ces points, je n'ai donc pas changé d'avis. J'aurais espéré que le gouvernement présente son arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire sous une forme différente, à savoir sous la forme d'un arrêté fédéral accompagné d'un contre-projet volontariste précisant les réalités d'une situation internationale en pleine mutation, mais qui n'est pas celle que nous décrivont tant le chef du DDPS que le chef de l'armée.

Nous constatons que nous sommes surtout victimes des cyberguerres qui touchent aujourd'hui notre pays. Si nous lisons les déclarations de plusieurs chefs d'Etat et de gouvernement, nous pouvons nous rendre compte, qu'ils soient israélien, américain, anglais, allemand ou même indien, qu'ils axent une bonne partie de leur budget de la défense sur la lutte contre la cyberguerre dont, selon la chancelière Angela Merkel, les attaques sont aussi dangereuses que dans une guerre conventionnelle. Cela veut dire que les cyberguerres doivent être analysées davantage comme un danger réel d'une guerre sans merci, d'autant plus qu'elles sont sournoises et même invisibles. Ce n'est donc pas sur la préparation d'une guerre conventionnelle que nous devons axer nos efforts, mais surtout sur la bonne préparation d'une lutte efficace contre les menaces des cyberguerres.

Malheureusement, le Conseil fédéral et son département, le DDPS, n'ont pas compris cette situation.

Le Service de renseignement de la Confédération est en crise et on veut préparer notre armée suisse à une simple guerre conventionnelle en envoyant nos troupes aux frontières, de peur de nous voir envahis par une population touchée par la crise sociale. Heureusement, nous pouvons aussi nous fier au Service de renseignement de l'armée qui nous renseigne sur la réalité du terrain dans les pays touchés par diverses crises. Mais voilà, il faut que ce service soit muni d'instruments modernes pour poursuivre sa tâche, car c'est par lui que nous pouvons, et que nous pourrions par la suite, orienter le système de défense dont la Suisse a besoin.

Ainsi, à défaut d'éléments nous permettant d'analyser la situation réelle de notre temps – et non de celui qui a prévalu avant la guerre de 1939–1945! –, cette initiative populaire est une réponse qui ne me satisfait pas, mais qui n'est contrée par aucune alternative crédible. Et pourtant, l'occasion de le faire était donnée au moment de contrer l'initiative du GSsA!

Face à un statu quo dépassé et une initiative qui ne répond pas ou plus à la situation actuelle, je soutiendrai cette initiative par provocation, en rejetant l'inaction du DDPS face à d'autres solutions qu'il n'a pas été capable de présenter pour répondre aux réels dangers qui nous guettent. Pour cette raison, j'avais soutenu la proposition déposée par Monsieur van Singer en séance de commission.

**Stolz Daniel (RL, BS):** Ich will keinen Mythos aus der Miliz machen. Trotzdem bin ich überzeugt, dass der Milizgedanke einer der Erfolgsfaktoren der Schweiz ist, sei das in der Politik, sei das in der Armee. Selbstverständlich brauchen wir heute, zum Beispiel bei den Piloten, je länger je mehr Profis. Warum also soll trotzdem am Milizgedanken festgehalten werden? Ganz einfach, damit diese Armee unsere Armee bleibt, damit es die Armee von uns allen ist und nicht nur von einigen wenigen. Dieses an den SP-Wahlslogan angelehnte Statement müsste doch zumindest die Sozialdemokraten unter uns zum Nachdenken bringen. Das vielzitierte Wort

des «Staatsbürgers in Uniform» hat seine Berechtigung nicht verloren, im Gegenteil.

Wenn wir eine Freiwilligenarmee haben, dann ändert sich die Zusammensetzung der Armee unweigerlich. Nicht dass dann alle wie der bekannte Rambo wären, das ist übertrieben, aber der Anteil der, sagen wir, Übermotivierten nähme zu, und das untergrube die Legitimation der Armee. Ich persönlich will das nicht. Ich will eine Armee, in der alle Schichten unserer Gesellschaft vertreten sind: Linke, Rechte und auch die berühmten Netten. Gerade weil mir das so wichtig ist, möchte ich allen danken, die Militärdienst geleistet haben oder heute Militärdienst leisten, gerade auch den Kritischen unter Ihnen.

Unsere Armee ist an sich klein: Sie zählt rund 5000 Personen plus die Rekruten, und das ist gut so und soll so bleiben. Die Wehrpflicht erlaubt genau dies: Wenn nötig können wir die Armee schnell vergrössern. Dies ist leider ab und zu notwendig: Die Naturkatastrophen der letzten Zeit haben gezeigt, dass es manchmal leider nötig ist, möglichst rasch viele Soldaten mobilisieren zu können. Blicken wir nach New York nach dem Sturm Sandy: Sofort musste die Nationalgarde mobilisiert werden, weil die zivilen Strukturen versagt haben. Und die Nationalgarde ist nichts anderes als die Milizarmee der Gliedstaaten der USA. Wir hoffen, dass wir nicht wieder von einer solchen Katastrophe betroffen sein werden, aber wissen tun wir es nicht.

Wer eine Profiarmee will, muss die Zahl der Militärs deutlich erhöhen. Ich möchte das nicht, erstens, weil es viel Geld kostet, das wir woanders besser einsetzen können, und zweitens, weil wir nicht wissen, was wir mit diesen mehrheitlich unterbeschäftigten Männern machen sollten. Könnten wir es uns leisten, solche menschliche Ressourcen zu verschleudern? Doch vielleicht wäre es ja nur ein Luxusproblem, weil wir nämlich diese Menschen gar nicht erst finden würden. Woher die SP z. B. 50 000 Freiwillige nehmen will, ist mir nämlich, schlicht und ehrlich gesagt, schleierhaft.

Die spanische Armee hat heute Mühe, genügend Berufssoldaten zu rekrutieren – und das trotz Rekordarbeitslosigkeit. Sie rekrutiert heute Lateinamerikaner mit dem Lockvogel der spanischen Staatsbürgerschaft und damit indirekt mit dem EU-Pass. Wollen wir einen solchen Weg beschreiten? Ich denke nicht. Deshalb, Frau Graf-Litscher, verstehe ich nicht, wie Sie dazu kommen, die obligatorische Milizarmee als «Auslaufmodell» zu bezeichnen, wenn ich daran denke, welche Probleme andere europäische Länder haben, z. B. Spanien.

Ein gutes Argument gegen die obligatorische Milizarmee ist für einen Liberalen selbstverständlich die Einschränkung der persönlichen Freiheit. Das tut einem Liberalen weh, ganz klar, nur: Die Alternativen tun noch viel mehr weh! Eine Demokratie muss sich verteidigen können, allerdings mit einer Milizarmee. Auch eine liberale Gesellschaft braucht für den Notfall, den Katastrophenfall eine Struktur, eine Notfallorganisation, und das kann schlussendlich nur die Armee sein.

Die Einschränkung der persönlichen Freiheit – das ist mir ganz wichtig – ist nicht mehr ganz so heftig wie früher: Es gibt eine Alternative, den Zivildienst, und das ist auch gut so. Allerdings darf er nicht auch für obligatorisch erklärt werden, da dies sonst zu einer zu einseitigen Zusammensetzung der Armee führen würde, und das – ich habe es ja vorher ausgeführt – will ich nicht. Hier verstehe ich auch den Einzelantrag von Graffenried nicht ganz; ich verstehe nicht, wie man mit einer Dienstpflicht – ich betone: Pflicht – das Verständnis für Freiwilligenarbeit fördern möchte. Ich denke, dass sich Pflicht und Freiwilligkeit widersprechen.

Wahrscheinlich geht es ja bei einem Teil der Befürworter dieser Initiative auch darum, die Armee abzuschaffen. Frau Teuscher war hier ehrlich; sie hat es eigentlich gesagt und so begründet, dass wir keine Armee mehr bräuchten, weil die wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen den Ländern so gross sei und deshalb ein Krieg ausgeschlossen sei. Nun, diese wirklich sehr schöne Theorie hat es schon einmal gegeben: 1913 war man sicher, dass es nie mehr zu einem grossen Krieg zwischen europäischen Ländern kommen

würde. Heute wissen wir es besser; es kam leider der August 1914.

Ich bitte Sie deshalb, die Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht zur Ablehnung zu empfehlen.

**Wermuth Cédric (S, AG):** Herr Kollege Stolz, es ist doch überraschend, wie Sie es fertigbringen, und mit Ihnen die Mehrheit in diesem Saal, in derselben Session zuerst im Namen der individuellen Freiheit des Konsumenten mit einer solchen Inbrunst das Recht auf 24-Stunden-Einkaufen im Tankstellenshop zu verteidigen, und dann ein paar Tage später, gestern und heute, auf diese individuelle Freiheit wieder zu pfeifen und im Namen irgendeines höheren Etwas, sei es nun Kohäsion oder Sicherheit oder Landesverteidigung, an der strikten Zwangsmilitarisierung der jungen Männer in diesem Land festhalten zu wollen. Kollege Stolz, der Liberalismus setzt die individuelle Freiheit an die erste Stelle, und zwar nicht nur dann, wenn es einem passt.

Es ist aber eben nur auf den ersten Blick überraschend; auf den zweiten Blick macht es durchaus Sinn. Sie in der rechten Ratschälte übernehmen in den letzten Jahren nämlich zunehmend die militärische Logik in andere politische Bereiche, gerade in Ihren wirtschaftspolitischen Diskurs. Der typische Soldat, dessen Hauptaufgabe ja vor allem darin besteht, all das, was man ihm im Rahmen der demokratischen und staatsbürgerlichen Erziehung beigebracht hat, wieder zu vergessen – er muss beispielsweise seinen kritischen Geist ausschalten zugunsten einer sehr zufälligen Autorität, die eigenen Freiheitsrechte über Bord werfen und sich dem willkürlichen Kollektiv unterordnen und vor allem unter keinen Umständen hinterfragen, ob das, was er dort tut, irgendwie gesellschaftsfördernd ist –, dieser typische Soldat entspricht eben auch Ihrem Idealbild eines modernen Arbeitnehmers oder einer modernen Arbeitnehmerin. Auch diese sollen in stiller Demut akzeptieren, was die Herren in den Teppichetagen vorgeben, und froh sein, wenn es überhaupt Arbeit gibt – was machen wir denn mit den Unterbeschäftigten, hat der Kollege vorher gesagt. Wenn jemand ausschert, dann bestraft man mit Sanktionen, wie es in der Armee üblich ist. Genauso, wie es den Jungen scheinbar guttut, wie ich gestern und heute hören durfte, sich in der RS auch einmal durchbeissen zu müssen, genauso haben Sie auch argumentiert, als es darum ging, die jugendlichen Arbeitslosen mit der letzten ALV-Revision noch stärker zu drangsalieren.

Die allgemeine Wehrpflicht ist eben nicht, wie es Herr Professor Eichenberger ab und zu betont, ein Anachronismus im neoliberalen Zeitalter. Sie entspricht vielmehr im Kern dem gleichen demokratieverachtenden Menschenbild. Mit der Zwangsmilitarisierung der jungen Männer fördern wir nicht nur ein antidemokratisches Menschen- und Gesellschaftsbild, wir festigen darüber hinaus auch noch antiquierte Rollenbilder. Kollege Freud würde hier vielleicht die 21- oder 18-wöchige RS als eine Art abrupte Trennung der Männer von ihren Müttern und allem Weiblichen interpretieren. Er läge damit gar nicht so falsch, sagt man doch gerne in diesem Land: Erst die Armee macht uns zu richtigen Männern!

Ich war selbstverständlich nicht dort. Auf die Jagd gehen nach dem Feind, durch den Dreck robben, mit diesem Phalusersatz, genannt Sturmgewehr, rumballern, in weitgehend sinnentleerten Solidargemeinschaften herumgrölen – diejenigen, die das tun, sind anscheinend die echten Männer. Wer immer von Ihnen schon einmal das Vergnügen hatte, eine Gruppe RS-Soldaten im Ausgang oder im Zug zu treffen, weiss, wovon ich spreche. Das kann definitiv nicht das Männerbild der Zukunft sein.

Die allgemeine Wehrpflicht widerspricht zusammengefasst so ziemlich allem, was die Aufklärung mit sich gebracht hat, was den modernen emanzipierten Mann und den demokratischen Citoyen ausmacht – lassen Sie uns diesen Zopf heute definitiv abschneiden.

**Fehr Hans (V, ZH):** Geschätzter Kollege Wermuth, sind Sie nicht auch der Meinung, dass Sie den Nobelpreis verdient



haben? So viel Unsinn in so kurzer Zeit hat hier vorne noch keiner erzählt! (*Heiterkeit*)

**Wermuth Cédric** (S, AG): Herr Kollege Fehr, wenn Sie das vorschlagen, reise ich gerne mit Ihnen nächstes Jahr nach Norwegen und nehme den Preis entgegen. Sie müssen mir dann nur noch sagen, in welcher Kategorie, ob für Friedensbemühungen, in Physik oder in Wirtschaft. (*Heiterkeit*)

**Freysinger Oskar** (V, VS): Herr Wermuth, sind Sie sich bewusst, dass die Armee – was mich betrifft jedenfalls – literarisch am förderlichsten ist? Ich hatte nach meiner Armeezeit doch sage und schreibe das Gesamtwerk von John Steinbeck intus. Keine andere Institution hätte mir die Musse gegeben, so viel zu lesen.

**Wermuth Cédric** (S, AG): Ich weiss nicht, was die Frage war, aber ich danke Ihnen, Herr Freysinger, für das Aufdecken der offensichtlichen Bedeutung der Rekrutenschule in diesem Land – Sie hätten es nicht besser beschreiben können.

**Hodgers Antonio** (G, GE): Lorsque l'on parle de l'armée suisse, il y a une clarification primordiale à faire: notre armée est-elle avant tout une institution de défense nationale ou une institution de préservation de nos traditions et de nos cultures? Autrement dit, le débat politique doit-il porter sur les dangers réels qui menacent la Suisse aujourd'hui et les moyens pour y faire face ou sur la sauvegarde d'une armée de milice, facteur de cohésion et d'intégration nationale, dont l'objectif principal serait la perpétuation de valeurs historiques et démocratiques?

Soyons clairs: les valeurs démocratiques et la cohésion nationale sont des sujets dignes d'être défendus. Cependant, si tel est l'objectif principal, il y a lieu de se poser la question s'il ne peut être atteint avec des moyens plus modestes que les 5 milliards de francs annuels aujourd'hui consacrés à l'armée. Par ailleurs, si l'on parle d'histoire, de culture et de traditions, il faudrait mener ce débat au sein de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture en lien avec le département de Monsieur le conseiller fédéral Burkharter et non pas celui de la défense nationale de Monsieur le conseiller fédéral Maurer.

Par contre, si l'on s'intéresse réellement aux questions de sécurité nationale, le débat doit porter sur les menaces potentielles en cette première moitié du XXI<sup>e</sup> siècle. N'importe quel analyste militaire sérieux vous dira que les probabilités d'une attaque conventionnelle par voie terrestre ou par voie aérienne sont aujourd'hui réduites pratiquement à zéro au cœur d'une Europe pacifiée. Cependant, d'autres risques existent. Je pense ici à la cyberguerre, au renseignement, au terrorisme, à la protection des installations sensibles – ambassades, centrales nucléaires, noeuds de transport, télécommunications – ou encore aux catastrophes naturelles et les épidémies. Le maintien d'une armée de masse de près de 100 000 ou 120 000 hommes, essentiellement affectés à l'infanterie, l'artillerie et les blindés, n'est pas de nature à répondre à ces risques nouveaux. Dans son rapport personnel sur la sécurité suisse, Monsieur Pierre Maudet, libéral-radical et capitaine à l'armée, évoque le chiffre de 20 000 hommes comme étant suffisant pour remplir les véritables missions de sécurité.

Dans ce cadre, nous pensons que le service militaire obligatoire n'a plus raison d'être. Cependant, renoncer à l'obligation de servir ne veut pas dire renoncer à un service militaire non professionnel. Il serait simplement volontaire, avec, comme aujourd'hui, des corps composés d'officiers professionnels et un corps plus important composé de volontaires avec des contrats de plus longue durée.

Nous pensons que c'est cela l'armée du XXI<sup>e</sup> siècle. C'est cette armée dont notre pays a besoin pour satisfaire les missions modernes d'une sécurité moderne. Par conséquent, nous vous recommandons d'accepter cette initiative populaire.

**Pantani Roberta** (V, TI): Dunque, ci risiamo, chi non ama l'esercito della Svizzera è tornato di nuovo alla carica. Più che arrabbiarsi forse viene da sbadigliare. Oggi però almeno apparentemente non discuteremo dell'abolizione dell'esercito tout court ma della sua radicale trasformazione.

De facto, chi esige l'abolizione del servizio militare obbligatorio di cui ci apprestiamo a discutere vuole affidare il Paese ad un esercito di professionisti. L'abolizione o la trasformazione del nostro esercito in questo senso è però praticamente la stessa identica cosa. In un'Europa sempre più allo sbando, in cui le conseguenze della crisi economica portano a disordini sociali, in un mondo, in cui i pericoli sono cambiati perché diventati più subdoli e invisibili, il mantenimento di un apparato di difesa e di sollievo alla popolazione colpita dagli eventi dolorosi è un contributo fondamentale alla stabilità sociale ed economica sia del nostro Paese sia dell'Europa stessa.

La sicurezza del nostro Paese non può certamente dipendere dal numero di persone adatte che si arruolano come volontari. La volontarietà è un'illusione. Un esercito di professionisti è quanto di meno svizzero si possa immaginare. La nostra coesione nazionale passa anche da questa istituzione che è una nostra caratteristica. A chi fa delle risorse finanziarie l'argomento principale a favore della trasformazione dell'esercito da volontario a obbligatorio faccio rilevare che il costo di un esercito professionista è notoriamente più elevato. Non solo, ma per avere il turnover di uomini in caso di necessità pari alle disponibilità attuali occorrerebbe davvero un numero impressionante di persone.

La particolarità dell'esercito svizzero ci viene riconosciuta universalmente come una caratteristica specifica del nostro Paese, alla pari della cioccolata e del coltello svizzero. Anche se snobbati dai più e dalle frange cosiddette pacifiste e antimilitariste, in realtà il sistema di esercito di milizia ci viene invidiato e laddove possibile pure copiato.

La difesa dei nostri confini e l'apporto alla nostra popolazione nel bisogno, l'impegno nel mantenere i nostri principi e i nostri valori passano anche dalla riconoscenza che il popolo svizzero deve avere nei confronti dell'esercito. Io credo in questo esercito, credo che debba essere equipaggiato e sostenuto, credo nel lavoro di giovani e non più giovani che si mettono a disposizione della collettività. Parlare bene dell'esercito non è di moda, non è pagante dal punto di vista politico ed elettorale, lo è però per tutti quelli che ci credono e che confidano in quest'istituzione fondamentale per il mantenimento dello Stato di diritto della nostra nazione.

Eppure, tanti di quelli che ieri e questa mattina hanno parlato a favore di quest'iniziativa li ho visti a ricevimenti e manifestazioni promosse dall'esercito. Non solo, ma ieri ho sentito dire dalla collega Rytz che non è possibile sottrarre ai doveri familiari un padre o una madre per tre settimane all'anno. E vero che la collega Rytz ha la fortuna di risiedere a Berna, ma le faccio presente che la maggior parte di noi non ha questa fortuna. Anche noi parlamentari siamo però impegnati per ben più di tre settimane l'anno. Ognuno di noi ha famiglia, figli, ecc., eppure non succede nulla di grave – e anche noi siamo di milizia. Da anni porto con me un portachiavi con la scritta «sicurezza e libertà – esercito svizzero». Sono fiera di averlo e gradirei tenermelo ancora per diversi anni, perché la Svizzera è l'esercito di milizia e l'esercito di milizia è la Svizzera!

Votiamo no a questa iniziativa, così come al controprogetto.

**Lohr Christian** (CE, TG): Es mag viele von Ihnen überraschen, dass gerade auch ich mich jetzt zu diesem Thema äussere. Auch wenn ich Armeefragen wohl nicht zu meinen absoluten Kernkompetenzen zähle, ist es mir wichtig, meine Position, meine Haltung hier in die Diskussion einzubringen. Ich bin von der Wehrpflicht selber nie betroffen gewesen, ausser dass ich, dem «Bürokratieteufel» sei Dank, zuerst zweimal zur Aushebung und dann mit derselben Hartnäckigkeit auch zum Zivildienst aufgeboden worden bin.

Persönlich stehe ich aber dennoch aus Überzeugung zur Armee und den Ersatzdiensten mit ihren wichtigen staatspolitischen Aufträgen. Ich bin überzeugt davon, dass sich unser

bisheriges Milizsystem bewährt hat. Unser Heer stellt sich immer wieder gerade auch in den Dienst der breiten Gesellschaft, was ich sehr schätze. Der notwendige Weg zu Reformen in der Armee muss kontinuierlich gegangen werden, damit man sich den aktuellen Herausforderungen stellen kann. Diese bestehen für mich jedoch prioritär in der Friedenssicherung und damit im weitesten Sinn natürlich auch im Bevölkerungsschutz. Für die Gewährleistung der Sicherheitsaufgaben braucht es eine Ausstattung mit einsatzgerechten Mitteln. Deren Herstellung erfolgt in grossem Umfang in der Schweiz und bietet damit viele wichtige und wertvolle Arbeitsplätze in den verschiedensten Segmenten. Ja, auch mein Wohnkanton wäre ganz stark betroffen, wenn wir hier mit Freiwilligeneinsätzen das bisher bewährte System infrage stellten. Ich habe auch Angst davor, dass wir dann unweigerlich zu einer Entsolidarisierung kommen, die von mir gesellschaftspolitisch als falsch erachtet wird. Ich bitte Sie deshalb, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

**Maurer Ueli, Bundesrat:** Ihre Debatte war eine interessante Auslegeordnung über unser Wehrsystem. Ich möchte in vier Punkten dazu Stellung nehmen: allgemeine Bemerkungen, sicherheitspolitische Überlegungen, staatspolitische Überlegungen und einige Worte zum Gegenvorschlag.

1. Zu den allgemeinen Bemerkungen: Gestatten Sie mir, etwas in Zusammenhang mit den Zahlen, die hier genannt wurden, klarzustellen. Zurzeit bewegt sich ein Rekrutierungsjahrgang in der Grössenordnung von etwa 20 000 jungen Leuten. Er wird in den nächsten Jahren aufgrund des Geburtenrückgangs auf etwa 16 000 bis 17 000 zurückgehen. Von den stellungspflichtigen jungen Leuten sind etwa 65 Prozent militärdiensttauglich. Diese Zahl ist seit vielen Jahren mehr oder weniger unverändert. 15 Prozent sind zivilschutztauglich, und etwa 20 Prozent sind dienstuntauglich, leisten also keinen Dienst und bezahlen dann Wehrpflichtersatz. Diese Zahlen sind seit vielen Jahren mehr oder weniger gleich. Von den Leuten, die eine Rekrutenschule beginnen, von diesen 60 bis 65 Prozent, verlassen während der Dienstzeit zurzeit etwa 4 Prozent den Militärdienst und wechseln in den Zivildienst, mit dem Tatbeweis einer um den Faktor 1,5 längeren Dienstzeit. Etwa 10 Prozent derjenigen, die eine Rekrutenschule beginnen, werden im Laufe ihrer Dienstpflicht militärdienstuntauglich. Das heisst, wir haben am Schluss etwa 50 Prozent aller jungen Männer, die sämtliche Dienstleistungen absolvieren. Die Frage der Wehrgechtigkeit wurde ja verschiedentlich aufgeworfen. Das sind die Zahlen dazu.

Zur Frage des Massenheers; der Begriff ist mehrmals aufgetaucht: Da bitte ich Sie, von diesem Klischee ein wenig Abstand zu nehmen, denn die Schweiz hat kein Massenheer. Sie können unser Milizsystem auch nicht mit ausländischen Heeren vergleichen. Wir haben ohne die Rekruten und die Instrukteure eine Armee von durchschnittlich 5000 Leuten, die Militärdienst leisten. Das wäre die Zahl, die Sie anderen Armeen gegenüberstellen müssten. Wenn wir mehr als die 5000 Leute brauchen, dann müssen wir sie aufbieten. Wir haben also kein Massenheer; das sehen Sie, wenn Sie die Zahlen vergleichen. Beachten Sie, dass wir einmal 800 000 Angehörige der Armee hatten, und wir haben jetzt noch gut 100 000. Beachten Sie, dass wir beispielsweise einmal etwa 1500 Artillerierohre hatten in der Armee; es werden jetzt dann unter 100 sein. Oder wenn Sie die Zahlen der Panzer und Flugzeuge nehmen: Diesbezüglich ist die Armee geschrumpft, deren Zahl ist analog zum Rückgang von 800 000 auf 100 000 Leute reduziert worden. Wenn Sie von der Armee sprechen, dann orientieren Sie sich bitte an den neuen Gegebenheiten und nicht an der Armee 61.

Zur Frage der Unzufriedenheit der Soldaten, die Sie mehrmals angesprochen haben: Wir haben pro Jahr etwa 150 000 junge Männer, die für kürzere oder längere Zeit Militärdienst leisten. Das sind insgesamt 6,4 Millionen Dienstage. Jetzt machen Sie bitte eine Rechnung: Wir alle leisten in unserem Arbeitsleben etwa zehntausend Arbeitstage. Erleben Sie jeden dieser zehntausend Arbeitstage, vom Mor-

gen bis zum Abend, als spannend? Gibt es dazwischen nicht auch einen Tag mit Leerlauf oder einen Tag, an dem nichts läuft? Das ist doch völlig normal. Wenn bei 150 000 jungen Männern und 6,4 Millionen Diensttagen der eine oder andere Tag nicht so spannend ist, ist das ganz normal. Ich möchte das Bild etwas korrigieren, das hier zum Teil gezeichnet worden ist. Wir haben hochmotivierte junge Leute, die diesen Dienst leisten. Das ist der Durchschnitt. Auch diejenigen, die etwas weniger Begeisterung zeigen, kommen und machen, was man ihnen sagt; sie machen das mit grosser Selbstverständlichkeit. Das ist der militärische Alltag. Man macht es motiviert, man macht es mit Überzeugung. Und dann gibt es eben, und da bin ich einverstanden, einige Hundert- oder einige zehntausend Tage, an denen für einzelne Leute nicht viel läuft. Das ist auch in Ihrem Alltag normal, von Ihren zehntausend Arbeitstagen ist wahrscheinlich auch nicht jeder so spannend. Ihre Aussage möchte ich also etwas ins richtige Licht rücken. Wir haben ein gutes Klima in der Armee, und diese jungen Leute, die Militärdienst leisten, die Führungsaufgaben übernehmen, verdienen unseren Respekt.

Zu den Kosten der Armee: Es ist wohl eine subjektive Frage, ob die Armee teuer oder günstig ist. Wir können das an ausländischen Beispielen messen. Unsere Armee kostet, wenn wir alles einberechnen, etwa ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wenn Sie hier einen Vergleich wollen: Unsere Armee kostet letztlich weniger, als wir alle zusammen für die Haftpflichtversicherung unserer Motorfahrzeuge bezahlen; das sind etwas mehr als fünf Milliarden Franken. Jetzt stellt sich die Frage: Ist uns die Sicherheit so viel wert wie die Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung oder nicht? Das sind Grössenordnungen – Sie können andere Vergleiche machen. Im internationalen Vergleich haben wir aber eine kostengünstige Armee, weil wir eben eine Armee nach Mass haben. Wir bieten sie auf, wenn wir sie brauchen, und sonst bilden wir die Leute aus. Das zu den allgemeinen Bemerkungen.

2. Zu den sicherheitspolitischen Überlegungen des Bundesrates: Der Bund hat den Auftrag, die Sicherheit der Bevölkerung und die Unabhängigkeit des Landes zu gewährleisten. Die Armee ist das Mittel, um diese Sicherheit zu gewährleisten. Der Bundesrat braucht also eine Armee, die über genügend Ressourcen verfügt, finanzielle, aber auch personelle Ressourcen. Er muss diese personellen Ressourcen rechtzeitig aufbieten können, damit sie zur Verfügung stehen, und er muss die Leute so ausbilden und sie müssen so geführt werden, dass sie ihren Auftrag erfüllen können. Jetzt stellt sich die Frage: Kann dieses Ziel der Bundesverfassung, die Sicherheit und Unabhängigkeit, mit einer Freiwilligenarmee gewährleistet werden, wie das die Initiative will? Der Bundesrat ist der Meinung, dass das nicht möglich ist. Mit einer Freiwilligenarmee haben wir keinerlei Garantie, dass im entscheidenden Zeitpunkt die notwendigen personellen Ressourcen zur Verfügung stehen. Wir wissen nicht, wie viele Freiwillige wir haben werden. Wir wissen nicht – weil es freiwillig ist –, ob sie dann zur Verfügung stehen, wenn wir sie tatsächlich brauchen, ob sie dann auch kommen. Wir wissen nicht, ob wir in einer Freiwilligenarmee genügend Leute haben, die auch bereit sind, die Führung zu übernehmen, sich im Zivilleben, in der Wirtschaft zu dispensieren, um diese Führungsaufgaben zu übernehmen. Das ist die Unsicherheit. Der Bundesrat ist also der Meinung, dass wir sicherheitspolitisch gesehen mit einer Freiwilligenarmee keine Gewähr haben, dass wir den Auftrag wahrnehmen können, Ihre Sicherheit und die Unabhängigkeit des Landes zu garantieren.

Wir können hier Vergleiche mit anderen Ländern machen; Sie haben sie zum Teil auch angestellt. Deutschland wurde genannt. Deutschland hat jetzt ein freiwilliges System; sie haben etwa 8000 Freiwillige pro Jahr. Ich denke, dass wir uns mit Deutschland vergleichen können. Auf unsere Verhältnisse übertragen heisst das: etwa zehnmal weniger, also 800 pro Jahr. Ich bin nicht sicher, ob wir damit die Sicherheit des Landes gewährleisten können. Oder nehmen Sie Spanien: Die Jugendarbeitslosigkeit liegt dort bei 50 Prozent



oder mehr. Trotzdem gelingt es den Spaniern nicht, genügend Leute für ihre Armee zu rekrutieren. Sie rekrutieren zurzeit einen Teil ihrer Armee in Südamerika, weil sie nicht genügend eigene Freiwillige haben. Oder nehmen Sie Grossbritannien: Grossbritannien rekrutiert seine Freiwilligen in den Gefängnissen. Wollen wir solche Verhältnisse?

Es wurde gestern ein amerikanischer General zitiert, der Folgendes gesagt hat: Was wollt ihr mit einer Freiwilligenarmee? Ihr habt ja gar keine Slums, um eine solche zu rekrutieren. Das mögen etwas überzeichnete Beispiele sein, aber sie zeigen die grosse Unsicherheit, die wir mit einer Freiwilligenarmee schlussendlich hätten.

Es stellt sich also die Frage, ob in einer Freiwilligenarmee, so, wie sie die Initiative vorschlägt, genügend Leute sind und ob es die richtigen Leute sind. Wir profitieren mit der allgemeinen Wehrpflicht davon, dass wir Leute aus allen Berufsgattungen haben. Wir haben in dieser Armee alle Berufe. Wir können mit dieser Armee im Falle einer Zivilkatastrophe innerhalb von wenigen Stunden eine «Baufirma» auf den Platz stellen. Wir haben Forstwärter, Maschinenführer, Bauingenieure, Vorarbeiter, Strassenbauer usw., die ausgebildet und ausgerüstet sind. Davon profitieren wir. Wir haben die richtigen Leute. Wir können sie so zusammenstellen, dass sie den Auftrag erfüllen können. Mit einer Freiwilligenarmee hätten wir dieses Potenzial nicht mehr. Es wäre eine Verschlechterung, weil wir wahrscheinlich nicht genügend und nicht mehr die richtigen Leute hätten.

Sie haben auch davon gesprochen, dass sich die Armee auf neue Gefahren ausrichten sollte. Sehen Sie, auch da sind wir der Überzeugung, dass die allgemeine Wehrpflicht dazu führt, dass wir genau die richtigen Leute in der Armee haben. Nehmen Sie das Beispiel Cyberwar: Mit der allgemeinen Wehrpflicht können wir die Spezialisten rekrutieren, die aufgrund ihres Alltagslebens etwas davon verstehen. Die besten Informatiker sind auch in der Armee; wir haben die besten Leute, die im Zivilen genau das Gleiche machen. Wir können sie aufbieten. Wenn der Dienst freiwillig ist, verpassen wir auch in Bezug auf neue Gefahren das Anpacken der Herausforderungen, weil wir nicht über die richtigen Leute verfügen.

Der Bundesrat ist also überzeugt, dass mit der Initiative die Sicherheit gemäss Verfassung nicht gewährleistet werden kann. Die allgemeine Wehrpflicht hingegen führt dazu, dass wir den Auftrag erfüllen können.

3. Sie haben verschiedentlich auch staatspolitische Fragen angesprochen. In unserem Staat haben wir Rechte und Pflichten. Die Rechte kennen wir, ich gehe nicht auf sie ein, aber es gibt auch Pflichten. Eine der eher unangenehmen Pflichten ist die allgemeine Wehrpflicht. Unser System basiert darauf, dass wir eine Pflicht haben, die durch Freiwilligkeit ergänzt wird; auch das ist angesprochen worden. Wir haben also sozusagen ein duales System. Wir nehmen die Leute dort in die Pflicht, wo wir sie brauchen, und wir zählen auf die Bereitschaft der Bevölkerung. Diese Rechte und Pflichten bilden sich ab im System der allgemeinen Wehrpflicht.

Mit diesem System haben wir auch eine demokratische Kontrolle über die Armee. Wir kennen Armeen, die eine Eigendynamik haben, die nicht kontrolliert werden. Wir haben ein Zentrum in Genf, mit dem wir die demokratische Kontrolle der Streitkräfte fördern. Diese demokratische Kontrolle ist in unserem System enthalten: Die Kritiker der Armee sind in der Armee, sie sind Teil dieser Kontrolle. Das funktioniert. Wir müssten uns auch überlegen, und das scheint mir eine ganz zentrale staatspolitische Frage zu sein: Wann kommt die Armee in unserem Land in einer Krisensituation, in angespannten Verhältnissen zum Einsatz?

Diese Armee wird ihren Einsatz mitten unter uns leisten müssen. Die Grundvoraussetzung dafür, dass die Armee ihren Auftrag erfüllen kann, ist das gegenseitige Vertrauen. Wir wollen unserer Armee Vertrauen entgegenbringen können. Dieses Vertrauen können wir ihr entgegenbringen, wenn sie die Bevölkerung abbildet. Hier stellt sich schon die Frage: Hätten wir dieses Vertrauen in eine Armee, die mitten unter uns wäre, aber aus Freiwilligen bestehen würde, die

für ihre Aufgabe bezahlt würden, die wir nicht kennen würden, die nicht einem Querschnitt durch unsere Bevölkerung entsprechen würden? Ich glaube, das geht staatspolitisch nicht. Wir brauchen eine Armee, die zu uns gehört, der wir vertrauen können. Wenn es in Richtung bezahlter Söldner geht, in Richtung Freiwilligkeit, dann fehlt dieses Vertrauen – und das ist in unserem staatlichen System eine Grundvoraussetzung für den Einsatz der Armee.

Ich will, dass in dieser Armee, wenn sie im Einsatz ist, auch kritische Leute sind, die die andern ergänzen. Ich will nicht nur Freiwillige mit Hurratriotismus. Das genügt nicht. Das bildet unsere Bevölkerung letztlich nicht ab.

Es entspricht auch unserem staatspolitischen Verständnis, dass für die Sicherheit der Souverän am Schluss selbst verantwortlich ist. Wenn es um die Existenz des Staates geht, dann kommt die Armee als Ganzes zum Einsatz, ist es immer Sache des Souveräns, diese Sicherheitsaufgabe wahrzunehmen. Diese Sicherheitsaufgabe haben wir nie an irgendwelche Freiwilligen, an bezahlte Söldner oder an weiss ich wen delegiert. Staatspolitisch ist es nicht zu verantworten, ein anderes System einzuführen, weil dieses Selbstverständnis und damit das Vertrauen in die Armee und die Sicherheit sinken würden.

4. Zum Gegenvorschlag oder zu den Gegenvorschlägen: Es ist eine interessante Idee, die hier aufgegriffen wird; sie geht in die Richtung allgemeine Dienstpflicht. Die Frage kann durchaus diskutiert werden; in der Form, wie die Idee heute vorliegt, scheint sie uns aber doch etwas wenig ausgegoren zu sein. Es wäre auch ein genereller Wechsel des Systems, das wir heute kennen: mit der Pflicht, die zu erfüllen ist, und der Freiwilligkeit. Mit dieser Stossrichtung würde der Gegenvorschlag die Freiwilligkeit, die doch recht gut funktioniert, irgendwie zu einer Verpflichtung machen und etwas zementieren. Es wäre eine erzwungene Freiwilligkeit. Das wäre ein Wechsel in unserem System. Ich denke, dass es die Idee verdient, gelegentlich genauer angeschaut zu werden. Wir sind daran, zu überdenken – mindestens was das Wehrpflichtmodell betrifft –, ob es einmal eine allgemeinere Verpflichtung geben kann. Ich denke, dass es da noch mehr Diskussionen braucht. So interessant die Idee ist, so visionär sie auch sein mag, ich denke, dass sie als Gegenvorschlag zur Initiative nicht geeignet ist.

Zusammengefasst: Der Bundesrat ist der Meinung, dass die Initiative sicherheitspolitisch in keiner Art und Weise genügt und dass sie staatspolitisch in die falsche Richtung geht. Die Initiative ist daher abzulehnen. Die Gegenvorschläge sind wenig ausgegoren, sie sind unserer Meinung nach auch abzulehnen.

**Schläfli Urs (CE, SO)**, für die Kommission: Nur kurz ein paar Bemerkungen: Verschiedene Votanten behaupten, dass die Initiative nicht die Abschaffung der Armee zum Ziel hat. Das mag vielleicht stimmen. Eine Mehrheit der Kommission glaubt aber, dass es ein erster Schritt in diese Richtung ist. Insbesondere wird befürchtet, dass diese Initiative eine Schwächung der Armee in ihrer Funktion bedeutet, weil eine starke Reduktion des Bestandes erwartet wird.

Es wurde verschiedentlich auch gesagt, dass die Rekrutierung bei einer Freiwilligenarmee kein Problem sei. Erfahrungen aus dem Ausland zeigen aber sehr wohl, dass das ein Problem sein kann; die Beispiele Spanien und England zeigen dies. Zudem hat man keine Erfahrungswerte mit einer freiwilligen Milizarmee, weil es sie in dieser Art noch gar nicht gibt. Bei einem ungenügenden Bestand könnten dann subsidiäre, aber dennoch wichtige Aufgaben, auch im zivilen Bereich, nicht mehr wahrgenommen werden – so die Befürchtungen der Kommission.

Noch eine Bemerkung zum gestrigen Votum von Kollegin Badran: Sie sagte, dass es für Unternehmen eine grosse Belastung ist, wenn Mitarbeiter in den Militärdienst müssen. Das mag so sein. Das liegt aber am Milizsystem und nicht an der Freiwilligkeit. Die Anzahl der Mitarbeiter, welche Militärdienst leisten würden, würde zwar zurückgehen, tendenziell würde aber der individuelle Militärdienst und somit auch die Absenz im Unternehmen länger dauern. In letzter Kon-

sequenz müssten Sie, Frau Badran, also für eine Berufsarmee sein, weil dieser Nachteil erst so ganz eliminiert wäre. Sie müssten auf die Miliz verzichten, aber das wollen wir ja alle nicht.

Noch zu den Gegenentwürfen: Die Kommission stellt sich nicht grundsätzlich gegen die Themen, wie sie in den beiden Gegenentwürfen vorgeschlagen sind. Die Diskussion dazu sollte aber nicht jetzt geführt werden. Es ist problematisch, wenn wir die Wehrpflicht, so, wie wir sie heute kennen, einer freiwilligen Milizarmee gemäss Initiative gegenüberstellen und dann auch noch die allgemeine Dienstpflicht für Frauen und Männer oder den Bürgerdienst, wie sie die beiden Gegenentwürfe beinhalten, gemeinsam zur Diskussion stellen. Es ist kompliziert, und die Einheit der Materie ist nicht mehr gegeben.

Wie gestern bereits gesagt, lehnt die Kommission die Gegenentwürfe mit 21 zu 4 Stimmen ab. Die Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» wurde mit 18 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung zur Ablehnung empfohlen.

**Perrin Yvan (V, NE)**, pour la commission: Je ferai d'abord quelques remarques sur ce qui a été dit au cours du débat. Tout d'abord, on a entendu que l'obligation de servir serait justifiée seulement dans le cas où la situation mondiale serait préoccupante. On a souvent attendu que telle soit la situation avant d'agir et, à chaque fois, l'histoire a répondu en deux mots: trop tard!

Notre armée serait inadaptée aux nouvelles menaces. Il est vrai que, même en tendant attentivement l'oreille, on ne détecte aucun bruit de bottes à nos frontières, mais les choses évoluent très vite. Dans son «Global Peace Index», édition 2010, le très sérieux «Economist» classe la Grande-Bretagne, la France et l'Italie dans les pays à perspective de paix élevée, avec la Tunisie, la Libye et l'Egypte! Les choses peuvent donc aller très vite, plus vite que les énergies humaines.

L'obligation de servir serait un handicap majeur pour notre économie. On peine à le croire, à considérer la situation qui est la nôtre; le contraire pourrait même être avancé si l'on compare avec la santé économique de nos voisins dotés d'armées professionnelles.

Le système actuel permet d'utiliser judicieusement les compétences lorsqu'on en a besoin, sans devoir occuper des professionnels dont on ne sait que faire en temps normal. Dans l'heure, grâce à notre structure, l'armée suisse peut remplir les missions les plus diverses, ceci toujours au profit de notre population. Peut-être est-il audacieux de prétendre que notre armée est la meilleure du monde, mais elle est sans aucun doute la meilleure pour la Suisse.

Cela a été dit, séparer droit et devoir, c'est vouloir traire sans fourrager: la vache n'aura bientôt plus de lait et le paysan plus de vache. Il en ira de même avec l'armée: si cette initiative est acceptée, elle n'aura bientôt plus de soldats et la Suisse plus d'armée.

La majorité de la commission ne le souhaite pas et vous propose donc de rejeter et l'initiative et le contre-projet.

## **1. Bundesbeschluss zur Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»**

### **1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Oui à l'abrogation du service militaire obligatoire»**

*Eintreten ist obligatorisch*

*L'entrée en matière est acquise de plein droit*

*Detailberatung – Discussion par article*

## **Titel und Ingress, Art. 1**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

## **Titre et préambule, art. 1**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Bevor wir über Artikel 2 befinden können, haben wir über die Vorlage 2, den Gegenentwurf zur Volksinitiative, zu entscheiden.

## **2. Bundesbeschluss über die Einführung eines Bürgerdienstes (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»)**

### **2. Arrêté fédéral concernant l'introduction d'un service citoyen (contre-projet à l'initiative populaire «Oui à l'abrogation du service militaire obligatoire»)**

*Abstimmung – Vote*

*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 12.073/8341)*

Für Eintreten ... 33 Stimmen

Dagegen ... 145 Stimmen

## **1. Bundesbeschluss zur Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»**

### **1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Oui à l'abrogation du service militaire obligatoire»**

## **Art. 2**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit I*

(Allemann, Fridez, Galladé, Graf-Litscher, Müller Geri, van Singer, Voruz)

... die Initiative anzunehmen.

*Antrag der Minderheit II*

(Hiltbold, Barthassat)

... die Initiative abzulehnen und den Gegenentwurf anzunehmen.

*Antrag der Minderheit III*

(van Singer, Voruz)

... die Initiative und den Gegenentwurf anzunehmen und den Gegenentwurf in der Stichfrage vorzuziehen.

## **Art. 2**

*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité I*

(Allemann, Fridez, Galladé, Graf-Litscher, Müller Geri, van Singer, Voruz)

... d'accepter l'initiative.

*Proposition de la minorité II*

(Hiltbold, Barthassat)

... de rejeter l'initiative et d'accepter le contre-projet.

*Proposition de la minorité III*

(van Singer, Voruz)

... d'accepter l'initiative et le contre-projet, et de donner la préférence au contre-projet en réponse à la question subsidiaire.

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Da wir nicht auf die Vorlage 2 eingetreten sind, sind die Anträge der Minderheiten II und III hinfällig geworden.

*Abstimmung – Vote*

*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 12.073/8342)*

Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 56 Stimmen



**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Weil Eintreten obligatorisch ist, findet keine Gesamtabstimmung statt.

12.083

## **Epidemiengesetz. Verlängerung des dringlichen Bundesgesetzes Loi sur les épidémies. Prolongation de la loi fédérale urgente**

*Zweitrat – Deuxième Conseil*

Botschaft des Bundesrates 31.10.12 (BBl 2012 9009)

Message du Conseil fédéral 31.10.12 (FF 2012 8323)

Ständerat/Conseil des Etats 03.12.12 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 13.12.12 (Dringlichkeitsklausel – Clause d'urgence)

Nationalrat/Conseil national 13.12.12 (Dringlichkeitsklausel – Clause d'urgence)

Ständerat/Conseil des Etats 14.12.12 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 14.12.12 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (AS 2012 7281)

Texte de l'acte législatif (RO 2012 7281)

**Schenker** Silvia (S, BS), für die Kommission: Dass wir Ihnen heute die Verlängerung einer dringlichen Änderung des Epidemiengesetzes vorlegen müssen, ist etwas unschön. Dennoch beantragt Ihnen die Kommission fast einstimmig, dies zu tun.

Worum geht es? Im Oktober 2006 wurde eine dringliche Änderung des Epidemiengesetzes beschlossen. Diese Änderung war, wie das bei dringlichen Vorlagen zwingend vorgeschrieben ist, befristet, und zwar bis zum 31. Dezember 2012. Die damalige Änderung wurde im Rahmen der Pandemie-vorbereitung zu H1N1 notwendig. Es ging darum, dass der Bund die Kompetenz erhielt, Heilmittel respektive Impfstoffe zu beschaffen und für deren Finanzierung aufzukommen. Ausserdem wurde dem Bund die Kompetenz gegeben, die Herstellung von Heilmitteln mittels Finanzhilfen zu fördern, wenn dies notwendig ist. Zudem kann der Bund mit diesen Bestimmungen gewisse Haftungsrisiken übernehmen.

Bei diesen Bestimmungen handelt es sich um die Artikel 6 und 32a bis 32c des Epidemiengesetzes. Diese Artikel haben sich in der Praxis bewährt. Im Rahmen der Debatte um die Totalrevision des Epidemiengesetzes wurden diese Artikel denn auch praktisch unverändert übernommen und waren auch in der Kommission gar nicht bestritten. Aufgrund der Tatsache, dass gegen das revidierte Epidemiengesetz das Referendum ergriffen wurde und dass das Gesetz darum auf Anfang nächsten Jahres nicht in Kraft gesetzt werden kann, wurde erkannt, dass eine Gesetzeslücke entsteht.

Mit dieser Vorlage beantragt der Bundesrat beiden Räten, die Gesetzeslücke zu schliessen, indem die befristete Änderung bis zum Inkrafttreten des revidierten Epidemiengesetzes, längstens aber bis zum 31. Dezember 2016, verlängert wird. Die Vorlage gab in der Kommission zu keinen Diskussionen Anlass. Es wurde einzig die Frage gestellt, ob die betreffenden Artikel bei einem allfälligen Erfolg des Referendums gegen das revidierte Epidemiengesetz in Kraft bleiben. Da es sich hier um eine separate Vorlage handelt, ist sie vom Referendum respektive einer allfälligen Ablehnung des revidierten Epidemiengesetzes an der Urne nicht tangiert.

Ich fasse zusammen: Die Kommission beantragt Ihnen mit 19 zu 1 Stimmen, der Vorlage zuzustimmen.

**Cassis** Ignazio (RL, TI), pour la commission: Il s'agit ici d'une petite modification, nécessaire, de la loi sur les épidémies, qui n'était pas prévue, mais qui devient nécessaire du fait que cette loi, que nous avons votée en septembre dernier,

est soumise actuellement au référendum et ne pourra donc pas entrer en vigueur le 1er janvier 2013. Ceci signifie que la loi actuelle reste en vigueur jusqu'au moment où l'on saura si le référendum aboutit et quelle sera la décision du peuple. En octobre 2006, nous avons adopté une loi urgente avec quelques articles nécessaires pour faire face à l'épidémie de grippe H1N1. Nous avons voté cette loi urgente avec une durée de validité jusqu'au 31 décembre 2012, donc dans quelques jours. Comme il n'est pas possible de mettre en vigueur la loi révisée le 1er janvier 2013, nous sommes obligés de prolonger quelque peu la durée de validité de quelques articles, afin de ne pas créer un vide juridique qui serait dangereux s'il y avait une épidémie ou une pandémie à combattre. Evidemment, cette prolongation de la situation actuelle, du point de vue matériel, ne change absolument rien, puisque les mêmes dispositions figurent dans la nouvelle loi révisée.

Pour finir, j'ajoute encore que, si le référendum, dont la récolte de signatures est en cours, aboutit, le peuple votera sur la révision de la loi, mais pas sur les quelques articles dont nous prolongeons la durée de validité jusqu'au 31 décembre 2016 au plus tard.

La commission, à la quasi-unanimité, par 19 voix contre 1 et aucune abstention, vous invite à adopter ce projet du Conseil fédéral.

**Berset** Alain, conseiller fédéral: Presque tout a été dit par les deux rapporteurs. J'aimerais ajouter deux éléments. Le premier élément, c'est que cette lacune n'était pas prévisible en 2006, au moment où la loi urgente a été décidée, parce qu'à ce moment-là, le Conseil fédéral partait de l'idée que la vaste refonte de la loi sur les épidémies serait évidemment achevée à la fin de 2012, et que, le cas échéant, une décision du peuple serait tombée. Ce qui a changé la donne, c'est la pandémie H1N1. Il était naturel de vouloir évaluer les conséquences de cette pandémie et d'en tenir compte pour la loi sur les épidémies. Je crois qu'on n'aurait pas compris que le travail soit poursuivi de ce côté-là sans tenir compte de cet événement qui est survenu entre-temps. Tout cela a eu comme conséquence de retarder l'ensemble du processus. Si on y ajoute encore le référendum lancé sur la loi sur les épidémies, nous voyons bien qu'on ne peut pas partir de l'idée que ces articles seront en vigueur le 1er janvier 2013, alors que cette loi sur les épidémies comprend précisément la base légale durable qui doit permettre la négociation et l'achat de vaccins en cas de pandémie.

Le deuxième élément, je viens de le mentionner, mais je le rappelle, c'est que la loi sur les épidémies, que le Parlement a acceptée en septembre et contre laquelle une récolte de signatures pour un référendum est en cours, comprend précisément les articles qui permettent la négociation et l'achat de vaccins en cas de pandémie. Donc, si le référendum aboutit sur cette question, il reviendra in fine au peuple de décider, et il appartiendra ensuite au Conseil fédéral et au Parlement de tirer toutes les conséquences des décisions qui pourraient être prises dans ce domaine.

Je vous invite, au nom du Conseil fédéral, à accepter la prolongation jusqu'au 31 décembre 2016 des articles qui nous permettent de négocier, et le cas échéant d'acheter, des vaccins en cas de pandémie.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

*L'entrée en matière est décidée sans opposition*

**Epidemiengesetz (Versorgung der Bevölkerung mit Heilmitteln)**

**Loi sur les épidémies (Approvisionnement de la population en produits thérapeutiques)**

*Detailberatung – Discussion par article*

**Titel und Ingress, Ziff. I, II**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates